Nr. 139 Mittwoch, den 20 Juni 1917 31. Jahrg.

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 50 Pfg., bei der Post abgeholt 40 Pfg., durch den Briefträger 54 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung ∴ Volks-Zeitung ∴ für das Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins

Publikations-Organ ∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für die einspaltige Kolonelzeile 12 Pfg., auswärtige 15 Pfg. Im Reklamenteil 50 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung, die bei Nichtzahlung innerhalb 30 Tagen indes erlischt. Beilagengebühr 5 Mark — — das Tausend ausschl. Postgebühren. — —

Redaktion Königstraße 11 — Fernruf 913

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Geschäftsstelle Königstraße 11 — Fernruf 913

Artillerieschlacht in Tirol. — Die Maibeute der U-Boote 869000 Tonnen.

Japans Pläne in Ostasien.

Von Missionsdirektor Lic. Dr. J. Witte.

Englische Preßstimmen zeigen in letzter Zeit ziemliches Mißtrauen gegen die japanischen Absichten. Der „Manchester Guardian" verriet ohne Hehl die Furcht vor Anwendung imperialistischer Grundsätze durch Japan auf China. Der neuerliche Zusammenschluß der bisher streitenden japanischen Parteigruppen wirkt in England beunruhigend.

Der frühere japanische Ministerpräsident Graf Okuma hatte 1914 als 76jähriger Mann sein Amt übernommen. Er tat es damals, weil nach dem üblen Bestechungsprozesse eine vorläufige beruhigende Regierung Ordnung schaffen sollte und er als ein Vermittlungsmann der Krone Hilfe leisten konnte. Er war einer der Fortschrittsmänner Japans, ein altjapanischer Edelmann, der keine fremde Sprache spricht, der aber Großes geleistet hat, um der Jugend des Volkes die ferne Welt des Westens zu erschließen. Er ist der Gründer der größten Privat-Universität Japans, der Waseda-Hochschule in Tokio, die mit ihrem Obergymnasium 10 000 Schüler und Studenten umfaßt. Seit je galt dieses Mannes Begeisterung den „Fortschritts"-Ländern England und Amerika. Der jetzige Ministerpräsident Graf Terautschi hat eine militärische Vergangenheit, in der er stets höchst merkbares Interesse für China zeigte.

Mit Okuma habe ich einmal in Tokio eine lange Unterredung gehabt. Wohl achtete er Deutschland. Aber von Zucht und Gebundenheit des einzelnen nach Deutschlands Art habe sein Land schon genug, was nottue, sei Freiheit der Entwicklung nach dem Vorbild Englands und Amerikas. Mochte vor 1914 in Japan eine leise Loslösung von England sich vollziehen und eine Hinneigung zu Deutschland sich anbahnen, nach jenem berühmten Bestechungsprozesse wurde unter Graf Okuma der Anschluß an England neu verstärkt. So war der Angriff auf Tsingtau keine Überraschung.

Dieser Angriff war weniger eine deutschfeindliche Handlung, als vielmehr der erste Schritt auf der Bahn der Ausnutzung der Kriegslage durch Japan. Wer will es Japan verdenken, daß es aus der Selbstzerfleischung der Völker Europas Nutzen ziehen will? Daß es das tut, mag uns wohl ärgerlich sein. Nach Süden vorzustoßen, verbot zunächst die Rücksicht auf Amerika. Selbst wenn man die Philippinen noch schonte und sich auf die holländischen Kolonien stürzte, würde Amerika das nicht dulden können, und auch England würde das als schwerste Bedrohung ansehen. So griff man nach dem Festland hinüber und nahm von China, was man haben konnte. Das war gefahrlos! China muß alles dulden. Es kann keinen Widerstand leisten. Bisher war es durch die gegenseitige Eifersucht der Interessenten wenigstens leidlich geschützt. Aber jetzt sind denen die Hände durch den Krieg gebunden: Japan hat freie Bahn.

Japan hat in seinem Vorgehen in China von den Europäern trefflich gelernt. Alles was irgendwo sich ereignet, ein vielleicht künstlich herbeigeführter Zusammenstoß zwischen japanischem und chinesischem Militär, Unrecht, das einem japanischen Händler geschieht, alles dient zum Vorwand, um von dem Chinesen neue „Rechte" zu erlangen. So liegt Japans Hand auf China. Vom Süden, von Schantung aus, das man ganz in der Gewalt hat, und vom Norden, von der südlichen Mandschurei her, so umklammern die Japaner die reiche Provinz Tschili, in der die Hauptstadt Peking liegt.

Die einzige Macht, die dort oben unbequem war, Rußland, ist Japans Verbündeter, außerdem zurzeit machtlos. Fast spöttisch tröstete man England, durch ihr Bündnis übernähmen Japan und Rußland den Schutz des Friedens im fernen Osten, auch in Indien: „So kann sich Großbritannien nun ungestört dem Kriege in Europa widmen." Das heißt in Wirklichkeit: man schaltet England aus und droht, im Fall des Widerstrebens, mit einem Druck auf Indien.

Das alles hatte Graf Okuma geleistet. Es war ein Wagnis, jeder Schritt. Denn wenn die Völker Europas etwa schnell Frieden schlossen, so hätte sich alsbald ihre Energie, auch die Englands, gegen Japan gewandt. Nun aber steht der Frieden noch immer aus. Da sagte Japan sich: wir können noch viel mehr erreichen; wir brauchen eine kühnere Hand als die des alten Grafen Okuma. Graf Terautschi, der das jetzige Ministerium leitet, ist ein Mann des festen Zugreifens, eine kraftvolle, rücksichtslose Soldatennatur. Er ist emporgehoben durch die Militärpartei, die unter dem Grafen Okuma zurückgedrängt, nun wieder Einfluß hat und an dem „Rat der alten Staatsmänner" einen festen Halt besitzt. Sein größtes Werk ist die Verwaltung Koreas, die er seit der Annexion geleitet hat. Hier hat er mit eiserner Hand regiert. Das Land ist dazu verurteilt, mit Gewalt „japanisiert" zu werden. Wie man die Kaiserin von Korea ermorden ließ, so ging man gleich brutal gegen alles Widerstrebende vor. Und als die amerikanischen Missionare für das Volk einzutreten wagten, drehte man den Spieß um und klagte hunderte der koreanischen Christen an, sie hätten den Grafen Terautschi ermorden wollen. Wie grundlos diese Anklage war, geht daraus hervor, daß man die 107 zu schwersten Strafen Verurteilten schließlich, als die Missionare die Sache in die Öffentlichkeit brachten, freisprechen mußte, weil auch nicht der geringste Beweis ihrer Schuld erbracht war. Die „Geständnisse", die vorlagen, hatte man durch das auch in Japan selbst noch oft genug angewandte qualvolle Foltern der Angeklagten erzwungen.

Dies Vorgehen kennzeichnet den „starken Mann". Er hat in Korea viel erreicht. Das Bildungswesen hat einen Anfang gemacht, sich nach japanischem Vorbild zu organisieren. Die wirtschaftliche Erschließung hat begonnen. Vor allem aber hat er das Land militärisch an Japan angegliedert und es so stark ausgebaut, daß es ein sicherer Rückhalt ist für Japans Weltlandspolitik. Da Japans Finanzen durch die Kriegslieferungen gesundet sind, so kann es seine Ziele ruhig verfolgen.

Die Ziele des neuen Ministeriums erwiesen sich in bezug auf die Festlandspolitik nicht als neue, man schlug nur ein schnelleres Tempo ein — gegen China! Der Anschluß an Rußland gab die Deckung, und das Abrücken von England wird immer deutlicher bemerkbar werden, auch wenn man selbstverständlich den Bruch mit England vermeiden wird, solange es irgend geht.

Man freut sich in Japan, daß England auf jeden Fall durch den Krieg zum mindesten stark geschwächt wird. Man konnte deshalb auch viel schärfer auftreten gegen Amerika! Das Ministerium Terautschi hatte sogar eine besonders deutliche Spitze gegen Amerika. Es heißt, es seien unter Graf Okuma Verhandlungen mit Amerika gepflogen worden. Sie seien daran gescheitert, daß Japan zwar die Sicherheit der Philippinen, aber nicht die der niederländischen Kolonien habe anerkennen wollen. Keine Rücksicht auf Amerika brauchte den Grafen Terautschi also binden, für Japan im ganzen fernen Osten, bis Indien, Australien, Honolulu, Kanada und Kalifornien, neue Rechte und, falls erreichbar, auch neuen Besitz zu fordern.

Wieweit Japan seine Macht unter der starken Hand wird ausdehnen können, hängt davon ab, wie lange die Völker Europas noch fortfahren, sich zu schwächen. Es wird abwarten, welches Volk Europas relativ am besten im Kriege abschneidet. Dahin wird sich Japan wenden.

Schweizerische Friedensarbeit in Rußland

Englands Einspruch.

Der Redakteur der „Berner Tagwacht", der schweizerische Nationalrat Grimm, wurde in den letzten Tagen von der russischen Regierung ausgewiesen unter der Behauptung, er sei ein deutscher Agent. Die „Berner Tagwacht", das sozialistische Organ, das der Zimmerwald-Richtung nahesteht, bezeichnet die Behauptung der russischen Regierung, der ausgewiesene Robert Grimm sei ein deutscher Agent, als frechen Schwindel. Ebenso erklärt das „Berner Tagblatt", Grimm sei niemals ein deutscher Agent gewesen. Grimm hat in der Tat nichts Verbotenes unternommen. Die Wahrheit ist, daß die britische Regierung an einer von Brantings „Socialdemokraten" durch Indiskretion veröffentlichten Depesche des schweizerischen Bundesrats Hoffmann an Grimm Anstoß nahm. Die britische Regierung sah in dieser Depesche Hoffmanns etwas Unneutrales, einen Schritt, der vor dem englischen Parlament verhandelt werden müßte.

Die Depesche an Nationalrat Grimm.

Das Telegramm, über das man sich in England so aufregte, daß in Rußland die Ausweisung Grimms verlangt wurde, war auf Grund einer Anfrage Grimms an die Schweizerische Gesandtschaft in Petersburg entstanden. Herr Grimm ersuchte die Gesandtschaft, Herrn Bundesrat Hoffmann ein Telegramm zu übermitteln, in welchem er in der Hauptsache ausführte, das Friedensbedürfnis sei allgemein vorhanden; ein Friedensschluß sei in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht zwingende Notwendigkeit; die Erkenntnis hiervon sei an maßgebender Stelle vorhanden; die einzig mögliche und gefährlichste Störung aller Verhandlungen könnte nur durch eine deutsche Offensive im Osten erfolgen. Unterbleibe diese Störung, so werde eine Liquidation in relativ kurzer Zeit möglich sein. Daran wurde die Bitte geknüpft, Bundesrat Hoffmann möchte über die bekannten Kriegsziele der Regierungen Nationalrat Grimm unterrichten, da die Verhandlungen dadurch erleichtert würden. Am 3. Juni 1917 ist folgendes chiffrierte Antworttelegramm an die Schweizer Gesandtschaft in Petersburg abgegangen:

„Bundesrat Hoffmann ermächtigt Sie, Grimm folgende mündliche Mitteilungen zu machen: Es wird von Deutschland keine Offensive unternommen werden, so lange mit Rußland eine gütliche Einigung möglich scheint. Aus wiederholten Besprechungen mit prominenten Persönlichkeiten habe ich die Überzeugung, daß Deutschland einen für beide Teile ehrenvollen Frieden anstrebt mit künftigen engen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und finanzieller Unterstützung für den Wiederaufbau Rußlands, Nichteinmischung in Rußlands innere Verhältnisse, freundschaftlicher Verständigung über Polen, Littauen und Kurland unter Berücksichtigung ihrer Völkereigenart, Rückgabe des besetzten Gebietes gegen Rückgabe des von Rußland besetzten Gebietes an Österreich-Ungarn [illegible] überzeugt, daß Deutschland und seine Verbündeten auf den Wunsch von Rußlands Verbündeten sofort in Friedensverhandlungen eintreten würden. Bezüglich der Kriegsziele nach dieser Seite verweise ich auf die Kundgebung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, worin in grundsätzlicher Übereinstimmung mit Asquith über die Frage der Annexionen behauptet wird, Deutschland wolle keine Gebietserweiterungen zum Zwecke der Vergrößerung sowie der politischen und wirtschaftlichen Machterweiterung.

Dieses Telegramm ist von unbefugter Seite entziffert und in der Zeitung „Sozialdemokraten", dem Organ Brantings, in Stockholm veröffentlicht worden. Dieser Schritt ist vom Bundesrat Hoffmann ohne jede Beeinflussung im Interesse der Förderung eines baldigen Friedens und damit im eigenen Landesinteresse unternommen worden."

Hoffmanns Rücktritt.

Bundesrat Hoffmann, der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten der Schweiz, hat seine Demission gegeben. Der Rücktritt ist durch die Angelegenheit Grimm veranlaßt. Der Berner „Bund" nimmt Bundesrat Hoffmann dagegen in Schutz, daß man den bisherigen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten jetzt als einen Agenten Deutschlands hinstellen könnte. Hoffmann habe in der besten Absicht gehandelt, der Friedenssache zu dienen, nur sei ihm vorzuwerfen, daß er er vor seinen Amtskollegen von der Schweizer Regierung eine unberechtigte Geheimnistuerei betrieben habe. Auch müsse man die Haager Konferenz anrufen, nach der der Versuch zur Friedensvermittlung zwischen kriegführenden Ländern nicht als unfreundlicher Schritt eines Neutralen anzusehen sei.

Der Krieg.

Sowohl an der englischen wie an der französischen Front kam es zu mehreren Teilgefechten, in denen der Feind, mit Ausnahme einer einzigen unbedeutenden Stelle in der Champagne, auch nicht den geringsten kleinen lokalen Vorteil zu erringen vermochte.

Der deutsche Generalstabsbericht.

W.T.B. **Großes Hauptquartier, 19. Juni.**

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der Flandern- und Arras-Front ist die Lage unverändert. In wechselnder Stärke dauert der Artilleriekampf an; gestern war er besonders zwischen Boesinghe und Frélinghien lebhaft. — Östlich von Monchy warfen unsere Sturmtrupps die Engländer aus einigen Gräben, die bei den Kämpfen am 14. 6. noch in Feindeshand geblieben waren.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Von neuem versuchten die Franzosen bei Einbruch der Dunkelheit die ihnen kürzlich entrissenen Gräben nordwestlich des Gehöftes Hurtebise zurückzugewinnen; ihr zweimaliger Anlauf wurde zurückgeschlagen. — In der Champagne drang der Feind gestern morgen nach starkem Feuer in einen vorspringenden Teil unserer Stellung südwestlich des Hochberges. Ein abends unternommener Vorstoß zur Erweiterung seines Besitzes schlug verlustreich fehl.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Nichts Neues.

Vom **Östlichen Kriegsschauplatz** und von der **Mazedonischen Front** sind größere Kampfhandlungen nicht gemeldet.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

wtb. **Berlin**, 19. Juni, abends. (Amtlich.) Mehrfach aufflebende Gefechtstätigkeit in Flandern und in der Westchampagne. Sonst nichts Neues.

Wien, 19. Juni. Auf der Hochfläche der sieben Gemeinden und im Suganatal ist eine große Artillerieschlacht entbrannt.

Die U-Boot-Beute im Mai.

wtb. **Berlin**, 19. Juni. **Nach amtlichen Meldungen wurden im Mai insgesamt 869000 BRT Handelsraum durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte versenkt. Seit Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges sind insgesamt 3 655 000 BRT versenkt worden.**

Neue U-Boot-Erfolge.

Amtlich. *W.T.B.* **Berlin, 19. Juni.**

Im Atlantischen Ozean: 24 000 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a. drei große bewaffnete englische Dampfer, von denen zwei durch Zerstörer gesichert waren, und der italienische Dampfer „Amor" (3473 Br.-Reg.-To.) mit 5000 Tonnen Getreide.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zwei feindliche U-Bootjäger versenkt.

Samt dem von ihnen begleiteten Truppendampfer.

Dem Madrider „Imparcial" zufolge hat ein U-Boot in der Nähe von Kap Spartel (Nordspitze von Marokko) den englischen Transportdampfer „A. G. 240" (8000 To.) mit Truppen und Kriegsmaterial für Saloniki versenkt. Der Dampfer wurde von vier U-Bootjägern begleitet, von denen zwei gleichfalls untergegangen sind, zwei mit schweren Beschädigungen davonkamen.

Madrid, 19. Juni. In der Nähe der Ebromündung sind die bewaffneten italienischen Dampfer „Fert" (5567 Br.-To.) und „Sirte" (1998 Br.-To.) mit 9000 Tonnen Benzin, Eisen und Kohle von New Orleans nach Genua unterwegs versenkt worden. — Acht Seemeilen von Huelva entfernt versenkte ein U-Boot den norwegischen Dampfer „Simba" (5800 To.) mit einer Kohlenladung von Liverpool nach Gibraltar. — In der Nähe von Alicante kam es zwischen einem U-Boot und einem

Arbeitszug von zehn Dampfern zu einem heftigen Kampf. Nähere Einzelheiten fehlen.

Newyork, 19. Juni. Das Staatsdepartement erfährt, daß der amerikanische Petroleumdampfer „Moreni" (4000 To.) von einem deutschen U-Boot nach einem Kampf, bei dem über 300 Kanonenschüsse abgegeben wurden, in Brand gesteckt und versenkt wurde. Vier Amerikaner wurden getötet.

London, 19. Juni. Die Regierung bestätigt die Versenkung des Truppendampfers „Cameronian" (5361 To.) im östlichen Mittelmeer am 2. Juni. 52 Mann der Truppen und 11 der Besatzung, darunter der Kapitän werden vermißt.

Rotterdam, 19. Juni. Die Blätter melden, daß das niederländische Segelschiff „Albertine Beatrice", das am 4. Februar mit 8000 Ballen Tabak von Soerabaja nach Rotterdam ausfuhr, am Freitag versenkt wurde. Die Besatzung wurde in Plymouth gelandet.

Unmenschliche Behandlung von Internierten.

Englische Ruchlosigkeiten in Südpersien.

Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der Schweizer Regierung in London nachdrücklichst Protest gegen die unmenschliche Behandlung eingelegt, die eine Anzahl von Untertanen der Mittelmächte in Persien von den Engländern erdulden mußten.

Als die Engländer, durch die freiheitliche nationale Bewegung in Persien beunruhigt, im Frühjahr 1916 den General Sir Percy Sykes mit einer verhältnismäßig starken Truppenmacht nach Bender Abas (Südpersien) entsandten, um den damals stark geschwundenen englischen Einfluß möglichst wieder zu befestigen, wurden die in Süd- und Ostpersien verbliebenen Angehörigen der Mittelmächte in Schiras interniert. Nach mehrmonatiger harter Gefangenschaft in der dortigen Zitadelle wurden sie nach dem Norden abtransportiert und trafen kürzlich in Baku ein. Während des Aufenthalts in der Zitadelle in Schiras wurden die Gefangenen auf Anordnung des Generals Sykes nachts in Ketten gelegt. Der Transport vollzog sich, um von den ungeheuerlichen Einzelheiten hier nur eine hervorzuheben, in der Weise, daß je zwei Mann mit auf den Rücken gebundenen Händen zusammen auf ein Maultier gesetzt wurden. In dieser qualvollen Art mußten sie die lange Reise über die steinigen, unwegsamen Gebirgspässe Innerpersiens zurücklegen.

Der langen Kette kulturwidriger Missetaten haben die Engländer mit diesem neuen, noch dazu auf neutralem Boden vollbrachten Akt niedriger und boshafter Rachsucht gegenüber wehrlosen Gefangenen ein weiteres, schmachvolles Glied angefügt.

Zwei Tagereisen vor Ispahan übergaben die Engländer den Transport den Russen, in deren Hand die Lage der Gefangenen besser wurde. In Petersburg ist deutscherseits die Freilassung der Internierten beantragt worden.

Kleine Kriegspost.

Lugano, 19. Juni. In Italien erregt das Gerücht Beunruhigung, daß französische Truppen durch Besetzung Prevesas den italienischen zuvorgekommen seien, die doch allein Rechte auf die adriatische Küste erheben könnten.

Rotterdam, 19. Juni. Vom 3. bis 10. Juni liefen in den Rotterdamer Hafen nur vier Schiffe ein, zwei Schiffe verließen ihn.

Washington, 19. Juni. Marinesekretär Daniels hat eine Verordnung erlassen, wonach die Kohlen-, Öl- und Stahl-Erzeuger die für die Flotte erforderlichen Mengen zu Preisen zu liefern haben, die von Wilson gemäß dem von der Bundes-Handelskommission aufgestellten Tarif festgesetzt worden sind.

Von Freund und Feind.

[Allerlei Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]

Die Entente pfeift auf die Demokratie.

Berlin, 19. Juni.

Mit unverhüllter Deutlichkeit wirft die Londoner „Morning Post" die bisher so eifrig von der Entente benutzte Phrase vom Kampfe für Freiheit und Demokratie zum alten Eisen. Das Blatt wendet sich gegen die russische Demokratie und läßt unverblümt erkennen, daß ihm das zaristische Regierungssystem lieber war. Die „Morning Post" schreibt wörtlich:

„Es scheint uns sehr viel Bombast in all dem Gerede von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu liegen. Alle solche Ideale sind im Abstrakten sehr hübsch, in der Praxis sind sie nicht eine Prise Schnupftabak wert. Nicht weil sie eine Autokratie war, haben wir den Fall der russischen Regierung begrüßt, sondern weil sie falsch und schwach war. Die neue Regierung beteuerte ihren Eifer und ihre Fähigkeit, der Sache der Alliierten zu ihrem Rechte zu verhelfen. Aus diesem Grunde, nicht weil sie eine Demokratie war, haben wir ihr Kommen begrüßt. Wir sagen freimütig, daß es uns höchst gleichgültig ist, wie unsere Alliierten sich regieren, solange sie der alliierten Sache treu sind. Sind sie falsch gegen die Sache, so haben wir keine Verwendung für sie, ob sie nun eine Autokratie oder eine Demokratie sind."

Kabinettskrisis in Österreich.

Wien, 19. Juni.

Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz hat infolge des Beschlusses des Polenklubs, der gegenwärtigen Regierung einen vorläufigen Haushaltsplan nicht zu bewilligen, dem Kaiser den Rücktritt des gesamten Kabinetts angeboten.

Der Polenklub hat durch sein Vorgehen die Krone vor die Wahl gestellt, ein neues Kabinett zu ernennen oder das Land im Kriege ohne Geld zu dessen Fortführung zu lassen. Ob der Entschluß des Grafen Clam-Martinitz bedeutet, daß man den Wünschen den Polen gegenüber nachgiebig sein will, steht vorläufig noch nicht fest. Es stehen der Krone immer noch andere Wege offen, die sie einschlagen kann, um die Situation im Landesinteresse zu klären und zu festigen.

Herr Bratianu hat noch etwas gelernt.

Genf, 19. Juni.

Der Mann, der durch seine Leichenraubpolitik Rumänien ins Unglück gestürzt hat, öffnete einem Mitarbeiter des „Petit Parisien" seine Seele. Herr Bratianu findet, von englischen und französischen Beispielen angefeuert, mit einemmal die russische Forderung eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen annehmbar und ließ sich also vernehmen:

Mein einziges Ziel war und ist die Befreiung der unter ungarischer Knechtschaft stehenden rumänischen Länder. Rumänien hat die Waffen ergriffen, um die rumänischen Brüder zu befreien und sie dem Vaterlande zurückzugeben. Die russische Revolution zwingt daher Rumänien in keiner Weise, die Kriegsziele zu ändern, für die es mit aller Kraft bis zum Siege kämpfen wird.

Wunderbar. England, Frankreich, Rumänien — alle sind sie einig mit den guten russischen Brüderchen, die man beschwichtigen will. England annektiert nicht, will nur die deutschen Kolonien behalten. Frankreich kämpft für den Besitz des deutschen Elsaß-Lothringens, kennt aber keine Annexionslust. Und Bratianu wollte nur einige nie russisch gewesene österreichisch-ungarische Gebiete einstecken — was war Böses dabei?

Die Russen wollen nicht mehr kämpfen.

Bern, 19. Juni.

Interessante Mitteilungen über die Unterredungen der italienischen Abgeordneten Cappa, Labriola, Lerda und Raimondo mit dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat bringt die Turiner „Stampa". Die Italiener betonten die unabweisbare Notwendigkeit der Fortsetzung des Krieges, da weder mit der Revolution in Deutschland, noch mit der Möglichkeit eines gerechten Friedens durch Vermittlung des deutschen Volkes zu rechnen sei. Die russischen Sozialisten dagegen hielten an der Möglichkeit des Friedens fest, durch den die Absichten der Völker ohne weiteres Blutvergießen verwirklicht würden. Trotzdem die russischen Sozialisten, schreibt die „Stampa", von einem Sonderfrieden nichts wissen wollen, sind sie fast ausnahmslos nicht gesonnen, sich zu schlagen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✣ Beim Abschluß der Vorbesprechungen zur **mecklenburgischen Verfassungsreform** teilte Staatsminister Dr. Langfeld mit, daß die Regierung beabsichtige, in nächster Zeit den Ständen auf Grund der Besprechungen eine neue Verfassungsvorlage zur Beratung zukommen zu lassen. Die Besprechung habe klar zum Ausdruck gebracht, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung der dringende Wunsch nach einer baldigen Regelung der Verfassungsfrage bestehe. Die Regierung werde nach Kräften diesem Wunsche entsprechen, bitte aber zu berücksichtigen, daß eine Verständigung mit den Ständen erreicht werden müsse und daß man bei einer solchen Verständigung nicht immer auf die Erreichung aller Wünsche rechnen könne.

Schweiz.

× Die in den letzten Tagen in Bern abgehaltene internationale Konferenz von Kulturvereinen, in der 28 Vereine, darunter verschiedener kriegführender und neutraler Staaten vertreten waren, nahm einstimmig eine Entschließung an, worin die Friedensvorschläge der Zentralmächte vom 12. September gebilligt werden. Der von den Zentralmächten beantragte Friedenskongreß sei durchaus notwendig, um im Austausch gegenseitiger Zugeständnisse einen Verständigungsfrieden zu verwirklichen. Die Konferenz stellte fest, es sei immerhin zu empfehlen, die Friedensbedingungen bekanntzugeben.

Luxemburg.

× **Nachdem Universitätsprofessor Calmes die Berufung als Finanzminister nachträglich abgelehnt hatte, ist folgendes neue Ministerium zustande gekommen: Präsidentschaft, Äußeres, Finanzen und Kultus übernimmt der bisherige Generaldirektor der Finanzen Kauffmann; Justiz und Öffentlichen Unterricht der bisherige Generaldirektor des Innern Moutrier; Öffentliche Arbeiten der bisherige Generaldirektor dieses Departements Lefort; Ackerbau und Lebensmittelversorgung Faber, Ingenieur und Vizepräsident der Kammer; Inneres, Handel und Industrie Kommissar Kohn.**

Griechenland.

× **Über die Aussichten des Herrn Venizelos** liest man im „Secolo": „Die Entthronung König Konstantins wurde auf der Zusammenkunft in Savoyen beschlossen. Die französischen Delegierten hätten sogar die Ausrufung der Republik verlangt, doch hätten die Vertreter eines anderen Landes sich dagegen erklärt, da ihnen der Gedanke, Venizelos als Präsident zu sehen, nicht behagte. Man wählte daher einen Mittelweg und beschloß einer Rückkehr Venizelos als Ministerpräsident nichts in den Weg zu legen. Man glaubt in Frankreich, daß die natürliche Folge der Entthronung Konstantins die Rückkehr Venizelos oder eines seiner Anhänger an die Spitze der Regierung sein werde." König Konstantin hat nach Feststellung des griechischen Gesandten in Bern bisher nicht förmlich abgedankt. Er wurde nur gezwungen, das Land zu verlassen, und hat während dieser Zeit die Krone in die Hände seines zweiten Sohnes gegeben, der gewissermaßen eine Regentschaft ausübt.

Aus In- und Ausland.

Dresden, 19. Juni. Der König von Sachsen hat bestimmt, daß das 2. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 28, dessen Chef bisher der Kaiser von Rußland war, den Namenszug zu entfernen und nur die Regimentsnummer zu tragen hat.

Karlsruhe, 19. Juni. Der „Zürcher Tagesanzeiger" meldet aus Petersburg: Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß die Überführung des gewesenen Zarenpaares in eine Staatsfestung.

Zürich, 19. Juni. König Konstantin von Griechenland begibt sich nach vorübergehendem Aufenthalt in der Schweiz nach Dänemark.

Rotterdam, 19. Juni. Im Unterhause sagte Lord Cecil, daß die Schutzmächte sich entschlossen hätten, Streit, Gunaris, Metaxas, Dusmanis und andere deutschfreundliche griechische Intriganten des Landes zu verweisen.

Rio de Janeiro, 19. Juni. Die Führer der in Brasilien beschlagnahmten deutschen Schiffe haben gegen diese Maßnahme Einspruch erhoben und gegen die brasilianische Regierung auf gesetzmäßigem Wege die Klage angestrengt.

Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Paderborn.

✣ Wewer, den 18. Juni.

Wenn auch in kleinerem Rahmen denn sonst irgendwo, so doch nicht weniger interessant und anregend verlief der hier gestern im Schonlau'schen Saale stattgehabte Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine. Bis auf einen waren sämtliche Vereine vertreten, darunter besonders stark der Pius-Arbeiterverein in Paderborn. Zu den Verhandlungen hatte sich auch der Diözesanvertreter Generalsekretär Kaplan Herold aus Hagen eingefunden. Die Tagung leitete der Bezirkspräses Pfarrer Hücker-Lippspringe. Nach dem von ihm erstatteten Tätigkeitsbericht machten sich die Kriegswirren im Vereinsleben immer mehr bemerkbar. Die Vereinstätigkeit gehe immer mehr zurück und habe teilweise sogar ganz aufgehört. Das sei um so mehr bedauerlich, als gerade nach dem Kriege Fragen von größter Wichtigkeit und Bedeutung auftauchen werden, an denen gerade die katholischen Arbeiter ein besonderes Interesse hätten. Als besonders brennende Tagesfragen behandelte der Redner ferner eingehend die Schulfrage, die Wahlrechts- und Wirtschaftsfragen. Nachdem Generalsekretär Herold dazu noch nähere Erläuterungen gegeben hatte, setzte eine lebhafte Debatte ein, in der vor allem Präses Pfarrer Hüttemann in Büren regelmäßige Abhaltung der Vereinsversammlungen trotz aller Kriegsschwierigkeiten schon im Interesse des inneren Vereinslebens empfahl. Ueber die brennenden Tagesfragen müßten Spezialvorträge in der kommenden Zeit abgehalten werden. Als Frucht der Debatten wurden folgende Entschließungen einstimmig angenommen:

Die Ruchlosigkeit unserer Feinde verschuldet es, daß der furchtbare Weltkrieg mit seinen entsetzlichen Opfern an Gut und Blut andauert. Das aufstrebende Deutsche Reich in seiner militärischen, wirtschaftlichen und politischen Kraft zu brechen, das ist das Ziel des Neides und der Rachsucht der gegen uns kämpfenden Völker, das war der Zweck ihrer durch England im letzten Jahrzehnt herbeigeführten Verständigung gegen uns. Darum lehnten die Feinde zu Anfang dieses Jahres Kaiser Wilhelms Friedensangebot ab. Darum beharren sie jetzt noch trotz ihrer schweren militärischen Niederlagen auf Kriegszielen, die die Lebensinteressen Deutschlands und seiner Verbündeten bis ins Herz hinein treffen müssen.

I.

In solcher Stunde wollen die deutschen Arbeiter, daheim und an der Front, alle Opfer weiter tragen, die der Schutz von Leben und Gut seines Volkes, die Verteidigung des Bestandes seines Reiches noch fordern mögen. Auch in den Herzen der Arbeiter lebt größte Sehnsucht nach einem baldigen Frieden. Aber darum wollen wir doch nicht einen Frieden um jeden Preis. Wir wollen auch nicht, daß ein Friede „ohne Annexionen und Kriegsentschädigung" befürwortet werde. Wir erachten es für unzeitgemäß, von solchen Bedingungen zu reden, so lange der Feind von seinen Kriegszielen nicht läßt. Auch wollen wir durch unseres Schwertes Kraft unter allen Umständen einen Frieden sichern, der unser Vaterland vor neuen Ueberfällen schützt, der seinem wirtschaftlichen Leben die nötige Leistungsfähigkeit und Freiheit verbürgt.

II.

Unserem Kaiser danken wir für die Osterbotschaft. Sie ist der öffentliche Ausdruck verständnisvollen Vertrauens zwischen Volk und Regierung, nicht zuletzt zwischen den breiten Massen der arbeitenden Stände und der Regierung. Während des Krieges haben die Reichs- und Staatsregierungen mit den Organisationen der Arbeiterschaft engere Fühlung erhalten, und in gemeinsamer Arbeit sind vaterländisch wertvolle Ergebnisse bereits geschaffen worden. Die Regierungen beweisen, daß sie gewillt sind, die künftige Ordnung und Leitung des deutschen Staatswesens auf der Mitverantwortlichkeit und Mitarbeit aller seiner Glieder aufzubauen.

In diesem Sinne begrüßen wir besonders die angekündigte Reform des preußischen Wahlrechts: König und Ministerpräsident haben durch ihr Wort das geheime und direkte Wahlrecht verbürgt, das Klassenwahlrecht verurteilt. Wir bekämpfen nachdrücklichst alle Vorschläge, die in irgend einer Form Abstufungen des Wahlrechts nach Besitz oder Bildung bringen und fordern das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.

Anderseits aber werden wir mit allen Kräften Bestrebungen abweisen, die auf eine Einschränkung der Rechte der Krone und ihrer Befugnisse hinzielen. Wir wollen keine einseitige Demokratie nach dem Vorbilde Frankreichs oder auch Englands; für uns ist ein starkes Monarchentum und ein von seinem Vertrauen berufenes Beamtentum die notwendige und sichere Grundlage stetiger und gedeihlicher Staatsentwickelung.

III.

Voll froher Zuversicht und freudiger Hoffnungen sehen die Arbeiter der Zukunft entgegen. Aber noch gilt es, darum zu kämpfen gegen die letzten Verzweiflungsanstrengungen der Feinde. Wie unsere Soldaten an der Front, so sind wir daheim der entscheidenden Stunde uns bewußt. Wir erwarten von jedem in der Heimat, ob Mann, ob Weib, daß er seine Pflicht gegenüber dem Vaterlande erfüllt. Darum verurteilen wir die in mehreren Städten durch gewissenlose Hetzer herbeigeführten Streikversuche in der Rüstungsindustrie. Den kämpfenden Brüdern Waffen und Munition verweigern, ist eine verbrecherische Tat, auch nicht zu rechtfertigen als öffentlicher Einspruch gegen Schwierigkeiten in der Versorgung oder Verteilung der Lebensmittel. Jede müßige Arbeitskraft, jede unbenutzte Arbeitszeit gefährdet das Leben der kämpfenden Brüder, verlängert den Krieg.

Vom Pius-Arbeiter-Verein in Paderborn waren für den Delegiertentag folgende Anträge eingebracht worden:

1. Die katholische Arbeiterschaft des Bezirks Paderborn erklärt sich bezüglich der deutschen Kriegsziele voll und ganz einverstanden mit den Zielen, wie sie von der christlich-nationalen Arbeiterschaft dargelegt sind.
2. Der Landrat des Kreises Paderborn wird dringend gebeten, bei der Festsetzung von Höchstpreisen im Kreise Paderborn Rücksicht nehmen zu wollen auf die weniger zahlungsfähige Arbeiterschaft; vor allem aber die vom Reiche festgesetzten Höchstpreise nicht überschreiten zu wollen.
3. Die Leitung des Verbandes katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands möge den Zentrumsfraktionen des preußischen Landtages und des Reichstages nahe legen, nach dem Kriege mehr als bisher sich der Lage der Arbeiterschaft annehmen zu wollen.
4. Die Redaktion der Westdeutschen Arbeiterzeitung wird gebeten, in den Artikeln über sittliche Fragen mehr Vorsicht walten zu lassen, da die Zeitung als Familienblatt sehr häufig in die Hände der Kinder gelangt.

Die drei ersten Anträge wurden angenommen bezw. erledigten sich bereits durch die angenommenen Entschließungen. Antrag 4, bei dem in der Diskussion vor allem darauf hingewiesen wurde, daß Standesorgane und Tageszeitungen keine Kinderlektüre seien, wurde dahin abgeändert, die Angelegenheit bei Gelegenheit persönlich durch den Generalsekretär regeln zu lassen.

Den Schluß der Tagung bildete das Referat des Generalsekretärs Herold, das nochmals das Werden des Weltkrieges zeichnete, zum Gottvertrauen mahnte, weil unsere Sache gerecht sei und zu neuem Durchhalten und stahlharter Entschlossenheit aufforderte. — Möge auch diese Tagung reichen Segen bringen für die christliche Arbeiterbewegung! Der nächste Delegiertentag soll in Büren oder falls der Krieg bis dahin noch fortdauern sollte, in Paderborn abgehalten werden.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

19. Juni. Östlich von Monchy werden die letzten Gräben, die am 14. Juni in englischer Hand geblieben waren, durch deutsche Sturmtrupps gesäubert. — Ein zweimaliger französischer Vorstoß bei Hurtebise völlig abgewiesen, dagegen gelingt es den Franzosen in der Champagne, in einen vorspringenden Teil der deutschen Stellung am Hochberg einzudringen. Weitere Vorstöße dort werden vereitelt.

Jeder Zentner Getreide ernährt 280 Menschen täglich!

Landwirte, helft uns siegen! Liefert Getreide ab. Die Lage duldet keinen Aufschub. Wir brauchen jedes Korn, auf daß der Feinde Hungerplan zerschellt: Trotz Bestellzeit müßt Ihr liefern!

Aus Stadt und Kreis Paderborn.

Paderborn, den 19. Juni

Merkblatt für den 21. Juni.

Sonnenaufgang	4^{39}	Mondaufgang	6^{21} V.
Sonnenuntergang	9^{24}	Monduntergang	10^{41} N.

1788 Schriftsteller Johann Georg Hamann, der „Magus aus Norden" gest. — 1862 Dichter und Erzähler Johannes Schlaf geb. — 1914 Schriftstellerin Berta v. Suttner gest. — 1916 Der Vierverband fordert durch Ultimatum die Abrüstung Griechenlands und die Neubildung des griechischen Ministeriums. — Eroberung russischer Stellungen bei Sokul.

Bei unregelmäßiger Zustellung

des Anzeigers wollen unsere Leser sofort die Geschäftsstelle benachrichtigen, damit wir für alsbaldige Abstellung der Unregelmäßigkeiten Sorge tragen können. Wenn der Geschäftsstelle die unpünktliche Zustellung nicht mitgeteilt wird bleiben Unregelmäßigkeiten ihr unbekannt und es kann daher auch keine Abstellung derselben erfolgen.

Kleinhandelspreise für Obst.

Wir haben in gestriger Nummer zum Schutze des Publikums gegenüber der unberechtigten und teils unerhörten Verteuerung von Obst und Gemüse die Festsetzung von Kleinhandelsrichtpreisen als unumgänglich bezeichnet und u. a. das Verlangen gestellt, Kleinhandelspreise für die ganze Provinz Westfalen festzusetzen, um eine „Umgehung" Paderborns zu verhindern. Für Obst ist unseren Wünschen, die die der Allgemeinheit sind, inzwischen entsprochen worden. Die Westfälische Preisbildungsstelle für Obst und Gemüse hat eine für ganz Westfalen maßgebende Anordnung von Erzeuger-, Großhandels- und Kleinhandelspreise erlassen, die wir in der nächsten Nummer im Wortlaut mitteilen werden. Die Erzeugerrichtpreise sind für das in Westfalen geernteten Obst etwas höher wie die der Reichsstelle und betragen z. B. für Kirschen 27—38 (25—35) Pfg. und für Erdbeeren 33—60 (35—55) Pfg. Auf diese Preise sind Zuschläge erlaubt von 18 % beim Verkauf vom Großhändler an den Kleinhändler. Im Weiterverkauf an die Verbraucher darf der Zuschlag auf den Großhandelspreis nicht mehr wie 30 % betragen. Erzeuger dürfen, wenn sie das Obst direkt an den Kleinhandel oder den Verbraucher liefern und zwar frei Bestimmungsort, die Zuschläge ebenfalls nehmen. Da in allen Provinzen ähnliche Anordnungen getroffen wurden oder zu erwarten sind, wird einer Umgehung durch die mögliche Ausrede „Es handle sich um kein westfälisches Obst" vorgebeugt. Die Ankündigung von Kleinhandelspreisen in Berlin hat bedauerliche Wirkungen gehabt. Wir lesen darüber im B. T. „Was nach den Erfahrungen der letzten Kriegsjahre mit Sicherheit zu erwarten war, ist heute eingetreten. Noch am Sonnabend abend waren die Schaufenster der Obst- und Gemüsekleinhandlungen ziemlich reichlich mit Kirschen und Erdbeeren, allerdings zu außerordentlich hohen den eVrhältnissen gar nicht entsprechenden Preisen gefüllt. Da teilte die Preisprüfungsstelle nach langem Zögern gestern früh mit, daß sie Kleinhandelshöchstpreise festgesetzt habe. Die Folge davon war, daß mit ganz wenigen Ausnahmen das Obst aus den Fenstern verschwunden ist. Die sonst um diese Jahreszeit in großer Zahl auftauchenden „fliegenden Obsthändler" mit Obst sind von der Straße verschwunden. Wo überhaupt etwas Obst zum Verkauf gelangte, entsprach es fast allgemein nicht den Kleinhandelspreisen, die man sich auf Grund der Mitteilungen der Preisprüfungsstelle berechnen konnte. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat die drohende Gefahr sofort richtig erkannt und an den Regierungspräsidenten die Aufforderung gerichtet, für eine ungestörte und reichlichere Zufuhr von Obst, wenn nötig unter Ergreifung von Gewaltmaßregeln, wie Beschlagnahme der Ernte, Sperrung der Ausfuhr nach anderen Gebieten als Groß-Berlin, zu sorgen. Die Zufuhr aus Werder war übrigens heute am Reichstagsufer etwas reichlicher als in den letzten Tagen. Dennoch war kein Obst im Kleinverkauf zu haben. Es geht also nicht an, die Schuld ganz allein den Erzeugern zuzuschieben, es scheint vielmehr, als sollte durch Zurückhaltung der Ware ein Druck auf die Preisprüfungsstelle ausgeübt werden, damit diese die Kleinhandelspreise erhöht."

Auf die gleiche Gefahr hat Oberbürgermeister Plaßmann im Ernährungsamt für Paderborn hingewiesen und man kann nicht leugnen, daß die Zufuhr an Obst nach Paderborn selten knapp ist, trotz der guten Ernte. Der Grund ist nach wie vor die Profitsucht gewisser Leute und Kreise. Die heutige Regelung im ganzen Reich kann da Wandel schaffen, wenn: 1. Behörden kräftigst zugreifen, 2. die Gerichte alle dem Wucher gründlich zu Leibe gehen, 3. unsere Hausfrauen sich strikte an die Richtpreise halten und 4. wenn sich jeder Deutscher zur vaterländischen Pflicht macht, jede ihm bekannt werdende unberechtigte Preisforderung der Preisprüfungsstelle mitzuteilen. Rücksicht darf das deutsche Volk auf die Ausbeuter nicht nehmen.

*

Unerhörter Frühkartoffel-Schwindel.

Seit mehreren Tagen werden in einer größeren Stadt Norddeutschlands Frühkartoffeln zu unerhört hohen Preisen — genannt sind bis zu 5 Mark für das Pfund — verkauft. Es handelt sich hierbei angeblich nicht etwa nur um Kartoffeln, die in Treibhäusern, Frühbeeten usw. gezogen und für die deshalb hohe Preise gerechtfertigt sind, sondern auch um feldmäßig angebaute Kartoffeln, die in unentwickeltem Zustande vorzeitig gerodet sind. Dem tritt der stellvertretende kommandierende General des 10. Armeekorps durch eine Verordnung entgegen, nach der das Roden feldmäßig angebauter Frühkartoffeln vor dem 1. Juli 1917 überhaupt verboten ist. Man war darauf gefaßt, daß mit Frühkartoffeln besonderer Wucher versucht würde, besonders wo die Kartoffelnot sich so drückend bemerkbar macht. Aber Preise von 5 Mark für ein Pfund, sicher erst halbreife Ware, bedeutet doch den Gipfel der Unverschämtheit der Volksausbeuterei. Hoffentlich wird mit diesen Lumpen der kürzeste Prozeß gemacht. Was in der norddeutschen Stadt versucht wurde, wird auch anderwärts Nachahmer finden. Rechtzeitige Vorkehrungen scheinen daher dringend geboten zu sein.

*

— Ein kurzes Gewitter mit wenig Regen ging gestern nachmittag nieder und brach die ständige Gluthitze der letzten Wochen. Die Abkühlung hält auch heute noch an und teilweise auchd ie Bewölkung. Dies läßt vermuten, daß noch mehr Regenfälle zu erwarten sind.

\# **Zu Leutnants** d. Ref. ernannt **Vizewachtmeister Wessel (Paderborn)** d. Feldart., **Vizefeldwebel Klare (Paderborn)** d. Fußart.

○ **Das österreichische Verdienstkreuz mit der Krone am Tapferkeitsbande** hat die an einer der österreichischen Fronten tätige Krankenschwester Nora Wutsche von hier, Tochter des verstorbenen Lehrers Wutsche, erhalten.

* **Bringt euer Gold der Goldankaufstelle.** Jede neue Million, die dem Goldbestand der Reichsbank hinzuwächst, ist ein Sieg im Wirtschaftskampfe!

Goldankaufsstelle.

£ **Elsen**, 19. Juni. Zum Nachfolger des verstorbenen Herrn Dechanten Alpmann ist Pfarrer Schlechter in Grüne ernannt. Er wirkte bereits 21 Jahre lang in der Gemeinde Grüne, zuerst als Missionsvikar, seit 1907 als Pfarrer.

Lippspringe.

□ **Zahlung rückständiger Löhnung an Verwundete.** In den Kreisen der verwundeten Soldaten bestand Unklarheit, welche militärische Stelle die Truppenlöhnung, deren Auszahlung infolge der Verwundung unterblieben sei, zu gewähren habe, und wie lange die Löhnung an Mannschaften im Lazarett nach den Sätzen für mobile Truppenteile geleistet werde. Auf eine Eingabe des Reichstagsabgeordneten Marquart in Leipzig hat das königl. preußische Kriegsministerium diese Angelegenheit klargestellt. Nach den geltenden Bestimmungen ist die fragliche Löhnung nicht nur für das laufende Monatsdrittel, sondern für die ganze Zeit der unterbliebenen Abfindung in allen Fällen vom Lazarett nachzuzahlen. Diese Abfindung der Mannschaften während ihres Aufenthaltes in einem Lazarett mit der Löhnung erfolgt nach den Sätzen für immobile Formationen erst mit dem ersten Tage des Monatsdrittels, das auf den Tag der Aufnahme in das Lazarett folgt. Bis dahin haben die verwundeten Soldaten Anspruch auf die Löhnung nach den bisher bezogenen Sätzen.

Von Nah und Fern.

£ **Rietberg**, 19. Juni. Die bekannte Firma Ellendorf in Wiedenbrück, deren Wiedenbrücker Etablissement bereits über 300 Arbeiter beschäftigt und die auch das ehemalige Kaunitzer Metallwerk für eigene Rechnung betreibt, kaufte das geräumige Wohnhaus nebst den Werkstätten des Kunsttischlers Selhorst hier. Von der Firma Ellendorf ist, wie die „Glocke" hört, beabsichtigt, die Werkstätten zu einem großen Fabrikbetriebe auszubauen.

Bielefeld, 19. Juni. Im Zuge der elektrischen Straßenbahn riß gestern nachmittag auf der Obernstraße der Oberleitungsdraht und fiel einer Frau auf den Kopf. Die Verletzungen der Frau bestehen in einer Fleischwunde am Kopf und einer Verstauchung des Fußes, sodaß eine dauernde Schädigung ihres Gesundheitszustandes nicht zu befürchten bleibt.

o **Minden**, 18. Juni. Beim Baden in einem Lehmteich der Ziegelei Nordholz bei Stemmer ertranken Sonntag nachmittag zwei Knaben von 11 und 13 Jahren.

= **Arnsberg**, 18. Juni. Nicht hinauslehnen! Ein Untersekundaner des hiesigen Gymnasiums, der täglich die Bahn zu seiner Heimat Ostrig benutzte, legte sich aus dem Fenster, um sich mit einem Schüler im Nebenabteil zu unterhalten. In dem Augenblick fuhr ein mit Holz beladener Güterzug vorbei. Ein Rundholz, das sich jedenfalls verschoben hatte, traf den Jungen derart an den Kopf, daß er einen Schädelbruch davontrug. Er liegt hoffnungslos im Mescheder Krankenhause.

i **Hamm**, 18. Juni. Beim Baden in der offenen Lippe gerieten die jugendlichen Arbeiter Daus und Putziger aus Hövel in einen Strudel und ertranken.

Kassel, 18. Juni. Die Kriegstagung des Mitteldeutschen Gastwirteverbandes beschloß einstimmig, dem Beschlusse des Hessisch-Nassauischen Gastwirteverbandes beizutreten, um auf der am 20. d. M. in Frankfurt am Main zusammentretenden Hauptversammlung des Bundes Deutscher Gastwirte die Durchführung der Verschmelzung der bestehenden großen Gastwirte-Organisationen auf der Grundlage des Beschlusses des Bundestages in Hannover vom Jahre 1914 unverzüglich in die Wege zu leiten.

Zwischen Ehre und Schande.

Der Kampf um die Seele des russischen Volkes dauert fort. Noch gibt die Entente ihre Sache nicht verloren, und alles, was englisch ist, denkt und fühlt, kennt im Augenblick kein höheres Ziel als die Aufpeitschung des etwas lahmgewordenen Bundesgenossen im Osten zu neuer Selbstaufopferung im Dienste — na, sagen wir: der Menschheit. Den Vogel abgeschossen hat vorläufig der immer noch in Petersburg weilende britische Minister Henderson, der Vertrauensmann der Arbeiterschaft im Kabinett Lloyd George; kurz und bündig erklärte er dem Arbeiter- und Soldatenrat, daß jetzt die Wahl getroffen werden müsse zwischen Ehre und Schande. Ein stärkerer moralischer Druck ist gewiß nicht mehr denkbar. Warten wir in Ruhe ab, wie er wirken wird.

Aber ein Vergleich drängt sich auf. Als kürzlich unsere Braven im Westen die ersten portugiesischen Kriegsgefangenen einbrachten, schilderte ein Berichterstatter, der mit ihnen zu plaudern Gelegenheit hatte, die Art und Weise, wie diese armseligen Gesellen sich mit ihrem Schicksal abgefunden haben. Sie sind ohne jede Kriegsbegeisterung mit Widerstreben Soldaten und mit noch größerer Abneigung Krieger geworden und lebten vom ersten Tage an nur der Hoffnung, daß diese ganze Sache, die ihnen völlig gleichgültig sei und sie nichts angehe, bald zu Ende sein möge. Irgendwelche Vorstellungen über den Zusammenhang Portugals mit dem Kriege hatten sie nicht, sie erklärten nur mit einer gewissen Gutmütigkeit, daß ihr Präsident wohl auch nichts dafür könne: sie hätten eben so viel Schulden bei England, daß man im Lande tun müsse, was England wolle. In der Tat, auf diesem goldenen Grunde ruht die Ehre, die England in seinem Kampf um die Bundesgenossenschaft fremder Völker für sich in Anspruch nimmt. Fragt sich nur, ob auch die Russen, nachdem sie ihre Haut drei Jahre lang für den britischen Kapitalismus und seine imperialistischen Weltbeglückungsabsichten zu Markte getragen haben, noch gutmütig genug sein werden, dieses Geschäft fortzusetzen. Für sie steht dabei mehr auf dem Spiel als für die willenlosen Portugiesen, die sich ihrer Verschleppung nach den französischen Schlachtfeldern ja allerdings vergebens widersetzt haben. Dieses kleine Vasallenvolk kann nie und nimmer daran denken, das britische Joch abzuschütteln; es besitzt auch, trotz seiner stolzen Vergangenheit, gar nicht mehr den ernsten Willen, es mit einem neuen staatlichen Leben zu versuchen. Rußland dagegen hat soeben mit seiner bisherigen Geschichte gebrochen, es will sich von Grund auf neu organisieren und nach innen wie nach außen hin sich frei machen von überlieferten Anschauungen und Bindungen, denen es sein Selbstbestimmungsrecht bis jetzt hatte opfern müssen. Da wird es sich doch sehr zu überlegen haben, ob, was die Vertreter der weltbeherrschenden Machtinteressen Ehre und Schande nennen, Begriffe sind, die von den Vorkämpfern wahrer Völkerfreiheit unbesehen übernommen werden können. Die Ehre, für Aufrechterhaltung kapitalistischer Begehrlichkeiten zu sterben, hat für Männer, die sich gerade um des Übergewichtes dieser Tendenzen im modernen Staatsleben willen gegen das Zarentum erhoben haben, gewiß nichts Verlockendes; und die Schande, die Erlösung des russischen Volkes allen anderen Rücksichten voranzustellen, werden sie schließlich zu ertragen wissen. Ein Blick auf die gegenwärtige Lage der russischen Staatsbank muß ihnen ohnedies zeigen, daß die finanziellen Verhältnisse des Landes bald bis zur [illegible]

ungslosigkeit gediehen sein werden. Nach dem neuesten Ausweis der russischen Staatsbank hat jetzt der Notenumlauf die Zwölf-Milliardengrenze überschritten, während der Goldvorrat der Bank sich nicht heben will. An kurzfristigen Schatzscheinen der Regierung besitzt sie dafür die horrende Summe von 9½ Milliarden Rubel. Bei diesem Stande der Dinge ist die Gefahr einer englisch-amerikanischen Schuldknechtschaft, wenn Rußland weiterhin auf Gedeih und Verderb mit der Entente verbunden bleiben soll, so unmittelbar gegeben, daß wirklich ein sehr hoher Grad von Gutmütigkeit dazu gehören würde, die „Ehre" des Ministers Henderson den eigenen Volks- und Landesinteressen voranzustellen.

England hat es von jeher verstanden, jeden Widerstand gegen seine selbstsüchtigen Macht- und Wirtschaftsinteressen in Grund und Boden zu verdammen. Sollte es auch jetzt wieder mit dieser Methode Erfolg haben, so könnten die Handelsherren in London und Newyork sich allerdings ins Fäustchen lachen. Vorläufig drücken sie den Rubelkurs an allen ihrem Einfluß zugänglichen Börsen kräftig herunter, in der Hoffnung, daß diese Sprache in Petersburg auch von den neuen Machthabern richtig verstanden werden wird. Darin werden sie sich wohl auch kaum täuschen; wir sind nur gespannt darauf ob die Kerenski und Terestschenko für sie eine andere Antwort bereit haben werden als die Diener des Zaren sie in solchen Fällen zu geben wußten.

Letzte Nachrichten.

Japanische Kriegsschiffe in Schanghai.

bb. **Berlin**, 20. Juni. „Sun" meldet aus Peking: Im Hafen von Schanghai sind eine Anzahl japanische Kriegsschiffe eingelaufen. Auch ein japanisches Geschwader wird erwartet.

Die Unterjochung Griechenlands.

bb. Berlin, 20. Juni. „Petit Journal" meldet aus Athen: Jonnart hat alle Anhänger der Zentralmächte aus Griechenland ausgewiesen.

Italien rechnet auf den vierten Kriegswinter.

cb. **Zürich**, 20. Juni. Laut Mailänder Zeitungen fordert die italienische Regierung in der Kammer Kriegskredite für den Winter 1917/18.

Die Iren.

bb. **Basel**, 20. Juni. „Morningpost" schreibt in einer Betrachtung über die irische Frage, daß seit der Hinrichtung Casements die Freiwilligen-Anwerbung in Irland kaum noch ein einziges Hundert Freiwillige erbracht habe.

Abgelehnte amerikanische Hilfe.

bb. Berlin, 20. Juni. Wie die „Voss. Ztg." aus London meldet, hat der britische Oberbefehlshaber in Mesopotamien die angebotene amerikanische Hilfe einstweilen abgelehnt.

Das Wahlrecht für den Ex-Zaren.

bb. Berlin, 20. Juni. Der Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates hat sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, dem früheren Zaren genau so wie allen übrigen Bürgern das Wahlrecht für die gesetzgebende Versammlung zuzubilligen.

Nachtrag

zur Verordnung über die Regelung des Milchverbrauchs im Kreise Paderborn vom 7. Mai 1917.

Auf Grund der Bekanntmachung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 und den dazu ergangenen Anordnungen der Reichsstelle für Speisefette vom 4. Oktober 1916 wird in Ergänzung der Verordnung über die Regelung des Milchverbrauchs im Kreise Paderborn vom 7. Juni 1917 Folgendes bestimmt:

Im § 3 ist zwischen Absatz 2 und Absatz 3 folgender Absatz einzufügen:

Die Milcherzeuger in den in Absatz 1 erwähnten Gemeinden die bisher ihre Vollmilch gegen Bezugsscheine abgeliefert haben und deshalb gemäß Absatz 2 von der Verpflichtung zur Lieferung an die Molkerei entbunden waren, haben die überschüssige Milch d. h. sämtliche Milch, welche nicht gegen Bezugsscheine abgeliefert wird, oder gemäß § 4 zurückbehalten werden darf, in Zukunft ebenfalls an die Molkerei in Paderborn, bezw. Westenholz zur Ablieferung zu bringen, und zwar gegen Zahlung des Preises den die Bezugsberechtigten jeweils zu entrichten haben.

Zwischen § 6 Absatz 2 und Absatz 3 ist folgender Zusatz einzufügen:

Diese vom Gemeindevorstand (Magistrat angefertigten Bescheinigungen — Bezugsscheine) sind von den Bezugsberechtigten den Milchlieferern auszuhändigen und von diesen sorgfältig aufzubewahren, und wenn die Milchlieferung aufhört, an die Bezugsberechtigten zurückzugeben.

Der bisherige Absatz 3 erhält als Satz 2 folgenden Zusatz: Die Milchlieferer haben die von ihnen angelegte Kundenliste bei Gelegenheit des Milchverkaufs stets bei sich zu führen.

Paderborn, den 14. Juni 1917.

Der Vorsitzende des Kommunalverbandes.

Bekanntmachung.

Ich mache auf die von dem Herrn Regierungspräsidenten unter dem 1. 7. 1898, 6. 6. 1901 und 6. 4. 1905 erlassene

Feld- und Forst-Polizeiverordnung

aufmerksam. Diese lautet auszugsweise:

In der Zeit vom 1. März bis 1. Oktober ist das Rauchen von Tabak in Waldungen, auf Heiden und Torfmooren außerhalb von Kunststraßen, im Sinne des Gesetzes vom 20. Juni 1887 ohne Erlaubnis des Forstverwalters, in Privatforsten des Eigentümers verboten.

Jeder der bei Bränden in Waldungen, auf Heiden und Mooren von der Polizeibehörde, dem Ortsvorsteher oder dessen Stellvertreter, dem Forsteigentümer oder dessen Beamten zur Hilfeleistung aufgefordert wird und dieser Aufforderung ohne erhebliche eigene Nachteile genügen kann, hat sofort mit Spaten, Axt, Hacke oder Harke, sofern er ein solches Werkzeug erlaubter Weise erlangen kann, auf der Brandstätte zu erscheinen und den Weisungen des die Löscharbeiten Leitenden pünktlich Folge zu leisten.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 20 Mark bestraft, soweit sie nicht der Bestrafung nach § 44 des Feld- und und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 unterliegen.

Vorstehende Bestimmungen werden zur Verhütung von Waldbränden wiederholt in Erinnerung gebracht.

Vor Uebertretung der Bestimmungen wird eindringlich gewarnt.

Paderborn, den 19. Juni 1917.

Der Landrat.

Bekanntmachung

Nr. E. 1100/5. 17. K. R. A.

betr. Beschlagnahme und Bestandserhebung von Braunstein.

Vom 20. Juni 1917.

Nachstehende Bekanntmachung wird auf Ersuchen des Königlichen Kriegsministeriums hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind, jede Zuwiderhandlung gegen die Beschlagnahmevorschriften nach § 6 der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) *) — und jede Zuwiderhandlung gegen die Meldepflicht und Pflicht zur Führung eines Lagerbuches nach § 5 der Bekanntmachungen über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915, vom 3. September 1915 und vom 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54, 549 und 684) **) bestraft wird. Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) untersagt werden.

§ 1.

Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von dieser Bekanntmachung werden betroffen alle Vorräte an Braunstein (MnO_2) im Rohzustande, aufbereitet, in Mischungen und Halbfabrikaten sowie Kunstbraunstein. Nicht betroffen sind Braunstein und Kunstbraunstein in Fertigfabrikaten.

§ 2.

Beschlagnahme.

Die von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände werden hiermit beschlagnahmt.

*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird, sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind, bestraft:

1. . . . . ;
2. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;
3. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
4. wer den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt;

**) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft, auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt. Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

§ 3.

Wirkung der Beschlagnahme.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr berührten Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind, soweit sie nicht auf Grund der vorliegenden Anordnungen erlaubt werden.

Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

§ 4.

Verwendungs-, Verarbeitungs- und Veräußerungserlaubnis.

Die Aufbereitung, Verarbeitung und Veräußerung der beschlagnahmten Gegenstände ist nur gestattet auf Grund einer besonderen Erlaubnis der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums.

Anträge auf Aufbereitungs-, Verarbeitungs- oder Veräußerungserlaubnis von Braunstein im Rohzustande sind an die Manganerz-Gesellschaft m. b. H. in Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 97—99, Anträge auf Verarbeitungs- oder Veräußerungserlaubnis von aufbereitetem oder zu Halbfabrikaten verarbeitetem Braunstein sowie von Kunstbraunstein an die Braunstein-Versorgungs-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 11, zu richten.

§ 5.

Meldepflicht.

Der von dieser Bekanntmachung betroffene Braunstein und Kunstbraunstein unterliegt, sofern der Vorrat je 50 Kilogramm übersteigt, einer Meldepflicht an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums.

§ 6.

Meldepflichtige Personen.

Zur Meldung verpflichtet sind:

1. alle Personen, welche Gegenstände der im § 5 bezeichneten Art im Gewahrsam haben oder aus Anlaß ihres Handelsbetriebes oder sonst des Erwerbes wegen kaufen oder verkaufen;
2. gewerbliche Unternehmer, in deren Betrieben solche Gegenstände erzeugt oder verarbeitet werden;
3. Kommunen, öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände.

Vorräte, die am Stichtage (§ 7) sich unterwegs befinden, sind unverzüglich nach ihrer Ankunft von dem Empfänger zu melden.

§ 7.

Stichtag, Meldepflicht, Meldestelle.

Die Meldungen sind über die bei Beginn des 20. Juni 1917 (Stichtag) vorhandenen Bestände bis zum 30. Juni 1917 an den Kommissar des Königlich Preußischen Kriegsministeriums bei der Eisenzentrale, Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 97—99, zu erstatten.

§ 8.

Meldescheine.

Die Meldungen haben auf den vorgeschriebenen amtlichen Meldescheinen zu erfolgen, die von dem Kommissar des Königlich Preußischen Kriegsministeriums bei der Eisenzentrale Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 97—99, unter Angabe der Vordrucknummer Bst. 1480 b, anzufordern sind.

Die Anforderung der Meldescheine ist mit deutlicher Unterschrift und genauer Adresse zu versehen. Der Meldeschein darf zu anderen Mitteilungen als zu der Beantwortung der gestellten Fragen nicht verwendet werden.

Von den erstatteten Meldungen ist eine zweite Ausfertigung (Abschrift, Durchschrift, Kopie) von dem Meldenden bei seinen Geschäftspapieren zurückzubehalten.

§ 9.

Lagerbuchführung und Auskunftserteilung.

Jeder Meldepflichtige (§§ 5 und 6) hat ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Aenderung in den Vorratsmengen und ihre Verwendung ersichtlich sein muß. Soweit der Meldepflichtige bereits ein derartiges Lagerbuch führt, braucht ein besonderes Lagerbuch nicht eingerichtet zu werden.

Beauftragten Beamten der Militär- oder Polizeibehörde ist die Prüfung des Lagerbuches sowie die Besichtigung der Räume zu gestatten, in denen meldepflichtige Gegenstände zu vermuten sind.

§ 10.

Anfragen und Anträge.

Anfragen und Anträge, die diese Bekanntmachung betreffen, sind an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung (Sektion E) des Königlich Preußischen Kriegsministeriums in Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 10, zu richten und am Kopf des Schreibens mit der Aufschrift „Betrifft Braunsteinbeschlagnahme" zu versehen.

§ 11.

Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 20. Juni in Kra

Münster, den 9. Juni 1917.

Das Königliche stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps.

Der kommandierende General:

Frhr. von Gayl,

General der Infanterie.

K.-N.-St. Nr. 30100

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 20. 5. 1917, (R. G. Bl. S. 413) betreffend Ernteflächenerhebung, findet in der Zeit

vom 15.—25. Juni 1917

eine Erhebung der Ernteflächen aller Feldfrüchte und Futterpflanzen, sowie der Wiesen und Viehweiden statt. Die Erhebung erstreckt sich nur auf den **feldmäßigen** Anbau. Gemüse die nur gartenmäßig, d. h. in Haus- und anderen Gärten angebaut sind, bleiben außer Betracht. Die mit der Erhebung beauftragten Personen sind befugt, die zur Ermittelung richtiger Angaben über die Ernteflächen, die Grundstücke der zur Angabe Verpflichteten zu betreten und Messungen vorzunehmen Auch sind sie berechtigt, über die einzelnen Grundstücke Auskunft bei den Steuerbehörden einzuholen.

Betriebsinhaber und Stellvertreter von Betriebsinhabern die vorsätzlich die Angaben, zu denen sie auf Grund der vorerwähnten Bundesratsverordnung und der zu ihr erlassenen Ergänzungsbestimmung verpflichtet sind, wenn sie unrichtige oder unvollkommene Angaben machen, werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft; Betriebsinhaber oder Stellvertreter von Betriebsinhabern, die fahrlässig die Angaben, zu denen sie auf Grund der Bundesratsverordnung und der zu ihr erlassenen Ausführungsbestimmungen verpflichtet sind, wenn sie unrichtige oder unvollkommene Angaben machen, werden mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft.

Paderborn, den 18. Juni 1917.

Der Landrat.

Großes Lager in

Harmoniums

unterhält

Carl Schmitt, Hagen i. W.

Hoplanofortefarbrik

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 47 der Bekanntmachung über

Brotgetreide und Mehl

aus der Ernte 1916 vom 29. 6. 1916 (R.G.Bl. vom 1. Aug 1916, Seite 782) wird für den Kreis **Paderborn** Folgendes bestimmt:

§ 1. Auf den Abschnitt 10 der Kartoffelkarte der Stadt Paderborn (Woche vom 17. bis 23. 6. 1917) dürfen 390 Gramm Mehl oder 500 Gramm Brot, auf den gleichen Abschnitt der Kartoffelkarte mit Zulage (rote Karte) 780 Gramm Mehl oder 1000 Gramm Brot ausgegeben oder entnommen werden.

Es darf nur von solchen Personen oder Haushaltungen Mehl oder Brot anstelle Kartoffeln entnommen werden, die nicht mehr im Besitze von Kartoffeln sind.

§ 2. Diese Abschnitte der Kartoffelkarten sind von den Bäckern bei der Mehlanforderung, ebenso wie die Brotkartenabschnitte, gesondert nach weißen und roten Abschnitten, aufgeklebt abzuliefern.

Bei Anforderung für 1 Sack Mehl sind 256 weiße oder 128 rote Kartoffelkartenabschnitte abzuliefern.

§ 3. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 57 der Verordnung über Brotgetreide und Mehl aus der Ernte 1916 vom 29. 6. 1916 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

Paderborn, den 19. Juni 1917.

Der Landrat.

Sparkasse der Stadt Paderborn

zu Paderborn.

Rechnungsjahr 1916.

Spareinlagen am Ende des Rechnungsjahres		5746431,98
Zugang während des Rechnungsjahres 1916		
a) durch Zuschreibung von Zinsen	184274,74	
b) durch Neueinlagen	3532632,61	
		9463338,33
Abgang: Zurückgezahlte Einlagen im Rechnungsjahre		3364977,46
Einlagebestand Ende 1916 auf 5532 Bücher		6098361,87
Betrag der Zinsüberschüsse des Rechnungsjahres		29380,41
Von den Beständen der Sparkasse sind zinsbar angelegt in Hypotheken:		
auf städtische Grundstücke	3063991,20	
auf ländliche Grundstücke	226892,—	
in Inhaberpapieren	1855911,80	
gegen Faustpfand	16501,35	
gegen Schuldschein mit Bürgschaft	20600,—	
bei öffentl. Instituten und Korporationen	1161770,—	
in sonstigen Anlagen	80000,—	

Paderborn, den 8. Juni 1917.

Die Sparkasse der Stadt Paderborn.

15 Mark

zahle für das Kilo reinen

Leinölfirnis

Kaufe jeden Restposten. Angebote erbittet

Hermann Kleinhans, Cassel,

Albrechtstraße 41.

Heu u. Klee

(Luzern)

u. Esparsette

kauft

Aktien-Brauerei,

Paderborn.

Gut eingeführter

Vertreter

f. chemische Produkte gesucht.

Ausführliche Angebote erbeten unter K. R. 4530 an **Rudolf Mosse, Köln.**

Junger Mann aus ländl. Verhältn. sucht in oder um Lippspringe Aufenth. bei Landwirt od. Selbstvers. bei einfacher, kräft. Kost. Bin zu klein. Hilfeleistungen bereit. Angebote m. Preis unter L. 96 an die Geschäftsst. des „Paderb. Anz.", Paderborn.

Pfeifen

Aug. Uhlenhuth,

Paderborn, Kamp 1.

Chemieschule Hannover

sichert Damen sorgfältigste Ausbildung zu.

Dr. Henkel & Dr. Sauer

Hannover, Hermannstraße 31B.

Bekanntmachung

Auf Grund der Kundenliste gelangen Ende dieser Woche zur Verteilung

je Person 10 Gramm Speiseöl

und

je Person 100 gr. Gouda-Käse

Die Abgabe dieser Waren an die Geschäfte findet am Mittwoch den 20. d. Mts. im Rathauskeller, Eingang von der Südseite, in nachstehender Reihenfolge statt: vormittags von 8—12 Uhr Buchstabe A. bis K. nachmittags von 2—5 Uhr Buchstabe L. bis Z. Behälter für Oel sind mitzubringen.

Paderborn, 19. Juni 1917.

Der Magistrat.

Kaufmännische Ausbildung

und Weiterbildung für Damen und Herren im Gruppen- und Einzel-Unterricht

Ausführl. Lehrplan frei.

Privat-Handelsschule Blunck & v. Boehn, Cassel 40.

Größer. Haus und Garten

baldmöglichst zu pachten od. zu kaufen gesucht.

Lippspringe, Friedrich Wilhelmstraße 8.

Bekanntmachung

Ich nehme Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß zur Vermeidung von Bränden, Heu oder Getreide möglichst weit von den Eisenbahnstrecken zu lagern ist. Auch eine nur vorübergehende Lagerung in der Nähe der Eisenbahn ist bei der augenblicklichen Dürre gefährlich und unter allen Umständen zu vermeiden.

Paderborn, 19. Juni 1917.

Der Landrat.

Trauerflachen

färbt sofort unzertrennt

Färberei

Galluschke

Waschanstalt.

Paderborn, Westernstraße 36

Detmold, Langestraße 20.

Arbeiter und Arbeiterinnen

zu sofort gesucht.

Eigelsberger Textilwerke,

G. m. b. H.,

Neuhaus W., Kr. Paderborn.

Druck, Verlag u. Redaktion von Martin Wagner, Paderborn.